



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Harald Güller, Inge Aures, Florian von Brunn, Margit Wild, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher** und **Fraktion (SPD)**

Bayerischen Rettungsschirm für den ÖPNV unverzüglich umsetzen – Der Freistaat muss Bundesmittel schnell aufstocken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für den bayerischen Rettungsschirm zur Unterstützung des ÖPNV in der Corona-Krise zu schaffen. Der Rettungsschirm soll mindesten 400 Mio. Euro umfassen, dient zum Ausgleich der verringerten Fahrgeldeinnahmen und verhindert sonst drohende massive Kürzungen im ÖPNV mit all ihren negativen Folgen sowohl für die Nutzerinnen und Nutzer als auch für Umwelt und Klima. Er ergänzt das vom Koalitionsausschuss in Berlin angekündigte Konjunkturpaket des Bundes und wird entsprechend ausgestattet und aufgesetzt. Die Finanzierung kann aus dem bayerischen Sonderfonds Corona-Pandemie erfolgen.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass zusammen mit dem Bund eine schnelle Erarbeitung und Umsetzung von Rahmenregelungen erfolgt. Ziel ist eine möglichst schnelle Abwicklung des Rettungsschirms des Bundes und der additiven Finanzhilfen des Freistaates. Eine Möglichkeit hierzu ist es auch, Abschlagsbeträge vorzusehen und auszubezahlen.

Begründung:

Die Corona-Pandemie trifft den ÖPNV auch in Bayern besonders stark. Während die Fahrgastzahlen laut Verkehrsministerkonferenz zwischen 70 und 90 Prozent zurückgegangen sind, wird der Betrieb im Sinne der Daseinsvorsorge fast vollständig aufrechterhalten. Dem Rückgang der Einnahmen stehen entsprechend fast unveränderte Kosten gegenüber. Laut Branchenschätzungen ist in Bayern für das Jahr 2020 mit fehlenden Fahrgeldeinnahmen von 875 bis 1.170 Mio. Euro zu rechnen. Die vom Koalitionsausschuss auf Bundesebene angekündigte Erhöhung der Regionalisierungsmittel für 2020 in einer Höhe von 2,5 Mrd. Euro ist ein wichtiger Schritt und ein klares Signal zum Erhalt eines leistungsfähigen ÖPNV in Deutschland und ein Bekenntnis des Bundes für seine Mitverantwortung in diesem Bereich. Von den Mitteln werden nach bisherigen Schätzungen zwischen 380 und 450 Mio. Euro auf Bayern entfallen. Die Mittel des Bundes allein werden also nicht ausreichen, um die coronabedingten Mindereinnahmen im ÖPNV insgesamt angemessen abzufedern, geschweige denn komplett zu ersetzen. Da es sich unzweifelhaft bei der Bereitstellung eines gut funktionierenden ÖPNV auch um eine Landesaufgabe handelt, sind auch die Länder gefordert. Einige Bundesländer haben auch schon reagiert und ergänzende Rettungsschirme auf den Weg gebracht.

Sollte in Bayern eine Ko-Finanzierung durch den Freistaat ausbleiben, drohen nicht allein Angebotseinschränkungen, sondern wird die Verkehrswende als Ganzes gefährdet. Der ÖPNV in Bayern ist auf schnelle finanzielle Hilfen des Freistaates angewiesen.

Daher müssen der Ankündigung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder vom 16. Juni 2020 für einen bayerischen ÖPNV-Rettungsschirm umgehend Taten folgen.

Unabhängig des Rettungsschirms, der die ersten negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie abfedern soll, dürfen notwendige Investitionen in neue Fahrzeuge, die Digitalisierung, Elektrifizierung, Optimierung der Verbundsstrukturen etc. nicht auf die lange Bank geschoben, sondern müssen ebenfalls zeitnah angegangen werden.